



TRANSNATIONALE REPRESSION DER LANGE ARM DES NICARAGUANISCHEN REGIMES

Seit der gewaltsamen Unterdrückung der Massenproteste gegen umstrittene Sozialreformen in 2018 befindet sich Nicaragua in einer tiefgreifenden soziopolitischen Krise. Unter dem Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo verschärfen sich Repression und Gewalt gegen Kritiker*innen kontinuierlich. Demokratische Kontrollmechanismen werden systematisch untergraben, während zivile und politische Freiheiten massiv eingeschränkt werden. Reformen der letzten Monate zentralisieren Macht zunehmend in der Präsidentschaft, kriminalisieren abweichende Stimmen und beschneiden Grundrechte der Bevölkerung. Willkürliche Massenverhaftungen und steigende Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen zählen laut UN-Expert*innen zu den alarmierendsten Entwicklungen.

Die systematische Unterdrückung von Opposition erstreckt sich über die Landesgrenzen hinaus. Transnationale Repression (TNR) ist kein neues Phänomen, hat sich jedoch durch Globalisierung und digitale Technologien stark ausgeweitet. TNR bezeichnet Handlungen eines Staates oder dessen Stellvertreter, die darauf abzielen, abweichende Meinungen, Kritik oder Menschenrechtsarbeit im Ausland einzuschüchtern, zum Schweigen zu bringen oder zu bestrafen. Zielgruppen sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Medienschaffende, Whistleblower sowie deren Familien und Verbündete im Herkunftsland.

Zunehmend werden auch private Unternehmen, kriminelle Netzwerke, paramilitärische Gruppen und Medienhäuser für diese Zwecke eingesetzt. Zu den häufigsten Methoden gehören Ermordungen, Entführungen, illegale Abschiebungen, digitale Drohungen und Überwachung, Missbrauch von Strafverfolgungsbehörden, Entzug der Staatsangehörigkeit sowie gezielte Einschüchterung von Betroffenen und deren Familien. TNR ist nicht nur ein Angriff auf Demokratie und Menschenrechte, sondern auch ein Eingriff in die Souveränität und Sicherheit der Gaststaaten.

Die Arbeitsgruppe der UN-Menschenrechtsexpert*innen zu Nicaragua warnt vor zunehmender TNR gegen regimekritische Stimmen im Exil. Sie verweist auf ein kumulatives und miteinander verflochtenes Muster von Menschenrechtsverletzungen, das Angst, Schutzlosigkeit, Isolation und Selbstzensur unter den Betroffenen verstärkt. Die Expert*innen fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Regierung Nicaraguas zur Rechenschaft zu ziehen und Exilierte zu schützen.

Costa Rica: TNR und tödliche Gewalt im Exil

Costa Rica gilt als wichtiges Zufluchtsland für nicaraguanische Exilierte. Doch auch dort hat die Repression des Ortega-Murillo-Regimes tödliche Folgen. Der Mord an Roberto Samcam im Juni 2025 reiht sich ein in eine Vielzahl von Angriffen auf nicaraguanische Menschenrechtsverteidiger*innen im Exil, darunter Joao Maldonado, Jaime Luis Ortega und Rodolfo Rojas. Diese Gewalttaten machen deutlich, dass selbst die Flucht ins Ausland keinen Schutz bietet. Das Regime verfolgt, bedroht und schüchtert Oppositionelle über Landesgrenzen hinweg ein.

Die Ermittlungen zum Mord an Samcam dauern an, bisher wurden vier materielle Täter festgenommen. Der Generalstaatsanwalt Costa Ricas erklärte, dass Hinweise bestehen, dass der Mord politisch motiviert und vom nicaraguanischen Militär angeordnet



PBI-Workshop in San José (Costa Rica) für Menschenrechtsverteidiger*innen im Exil (Mai, 2025). Die meisten Teilnehmenden erscheinen aus Angst vor Repressalien nicht auf Fotos.

wurde. Samcam war 2018 mit seiner Familie ins Exil geflohen, nachdem er ständiger Überwachung und Bedrohung ausgesetzt gewesen war. Als Ex-Militär hatte er die Gewalt des nicaraguanischen Militärs während der Massenproteste dokumentiert. Im Exil engagierte er sich weiterhin öffentlich in Medien und sozialen Netzwerken, um auf Menschenrechtsverletzungen und represives Vorgehen der Regierung in Managua hinzuweisen. Zudem war er einer der 94 Nicaraguaner*innen, denen im Februar 2023 die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde.

Menschenrechtsorganisationen dokumentieren ein fortlaufendes Muster von Überwachung, Drohungen, Schikanen und Einschüchterungen gegen nicaraguanische Exilierte in der Region, insbesondere in Costa Rica. Diese Übergriffe stellen einen direkten Angriff auf Demokratie, Menschenrechte und die Menschen dar, die sie verteidigen.

UN-Hochkommissariat für Menschenrechte: Handlungsbedarf gegen TNR

Im Juni 2025 veröffentlichte das Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) erstmals ein Briefing zu TNR. Das Dokument beschreibt Umfang, Auswirkungen und den dringenden Handlungsbedarf der Staaten. Das OHCHR fordert diese auf, TNR weder zu begehen noch zu ermöglichen oder zu dulden. Wesentliche festgehaltene Massnahmen umfassen die Schulung und Sensibilisierung nationaler Behörden, den Aufbau wirksamer Schutzmechanismen für Betroffene – inklusive rechtlicher und psychosozialer Unterstützung und humanitärer Visa – sowie die Sicherstellung von Rechenschaft und funktionierenden Rechtsmitteln durch systematische Untersuchungen, angemessene Entschädigungen und menschenrechtskonforme Auslieferungsverfahren. Zudem sollen Staaten digitale Unterdrückung bekämpfen, ein Moratorium für den Export von Spysoftware verhängen, durchgehende Verschlüsselung schützen und Unternehmen verpflichten, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einzuhalten sowie Transparenz, Datenschutz und Privatsphäre zu stärken.

Die Sichtbarmachung der TNR ist ein entscheidender erster Schritt, um Betroffene zu schützen und internationalen Druck auf autoritäre Regime zu erhöhen. Nur durch entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft können Demokratie, Menschenrechte und ziviles Engagement auch über Grenzen hinweg verteidigt werden.



Seit 2018 lebte die nicaraguanische Oppositionsfigur Roberto Samcam mit seiner Familie im Exil in Costa Rica. Am Morgen des 19. Juni 2025 klingelte es an seiner Haustür. Roberto öffnete – ein als Postbote verkleideter Mann schoss auf ihn. Innerhalb von Sekunden verstummte eine Stimme, die das nicaraguanische Regime nie brechen konnte.

Seine Ehefrau Claudia Vargas lässt sich davon nicht einschüchtern. Entschlossen führt sie Robertos Kampf fort und macht transnationale Repression sichtbar, derer sich Exilierte in ihren Zufluchtsländern ausgesetzt sehen. Wir trafen sie in Genf bei einer von PBI mitorganisierten Veranstaltung am Rande des Menschenrechtsrats.

Welche Mechanismen oder Massnahmen braucht es Ihrer Meinung nach angesichts der Repression, die Sie anprangern?

Im Fall des politischen Mordes an Roberto ist es entscheidend, dass internationale Organisationen und Staaten Costa Rica unterstützen. Das Land nimmt die meisten politischen Geflüchteten auf, gleichzeitig kommt es dort zu Angriffen auf ihr Leben. Es braucht klare Unterstützung bei den Ermittlungen und die Einhaltung internationaler Abkommen.

Zudem ist es wichtig, transnationale Repression zu benennen und zu analysieren. Dieses Phänomen verfügt bisher über keinen Überwachungsmechanismus. Viele Delegierte in Genf sind erstaunt, wenn wir davon berichten. Es sollte einen Dialograum und ein offenes Observatorium geben, um Vorfälle zu dokumentieren und sichtbar zu machen, was Exilierte erleben.

PBI Nicaragua

Aufgrund der zunehmenden Repression in Nicaragua und der dadurch erzwungenen Flucht zahlreicher Menschenrechtsverteidiger*innen hat PBI Nicaragua 2020 ein spezielles Begleitprojekt in Costa Rica gestartet. Das Projekt beinhaltet organisatorische Stärkung, psychosoziale Unterstützung und Schulungen zu Schutzstrategien. Zusätzlich schafft es Austauschmöglichkeiten zur Vernetzung und zum Wissenstransfer mit anderen von PBI begleiteten Organisationen in der Region. Es handelt sich um ein einzigartiges Projekt für PBI: Menschenrechtsverteidiger*innen werden im Exil und nicht im eigenen Land begleitet und geschützt.



Welche Rolle spielt PBI in Ihrem Engagement in Costa Rica und in Genf?

2020 haben wir mit PBI und der *Fundación Arias para la Paz y el Progreso Humano* ein psychosoziales Begleitprojekt für politische Geflüchtete aufgebaut, vor allem für Frauen. Daraus entstand eine starke menschliche und strategische Verbindung. Die Präsenz von PBI in Costa Rica war zentral: Ohne psychische Gesundheit gibt es keinen Aktivismus. Diese Unterstützung hat unsere Gruppe gestärkt und neue Räume für politische Advocacy-Arbeit eröffnet.

Für meinen Besuch in Genf hat mich PBI auf alles vorbereitet: was mich erwartet, mit wem ich sprechen könnte und wie man in einem solchen Umfeld für Anliegen eintreten kann – eine besonders wertvolle Unterstützung in dieser schweren Zeit. PBI war eine konstante Stütze, auch für andere Menschenrechtsverteidiger*innen. Entscheidend ist, eine Organisation an der Seite zu haben, die Kontext und Netzwerke kennt. PBI begleitet nicht nur, sondern stärkt unsere politische Handlungsfähigkeit – unsere Stimme.

Aktivitäten in der Schweiz

Auch PBI Schweiz setzte sich 2020 mit dem Thema TNR auseinander: Neben einer Veranstaltung im Rahmen des Menschenrechtsrats, die TNR gegen exilierte Nicaraguaner*innen themisierte, gab PBI während der 60. Sitzung des Menschenrechtsrats mehrere Statements zu den zunehmenden Fällen von gewalttäglichen Verschwindenlassens ab, darunter auch von nicaraguanischen Regimekritiker*innen. Im Namen von PBI sprach auch Claudia Vargas im Menschenrechtsrat und prangerte den politischen Mord an ihrem Ehemann an. Anschliessend begleitete PBI sie zu Treffen mit dem Sonderberichterstatter für aussergerichtliche Hinrichtungen sowie mit Vertreter*innen der Ständigen Missionen.

Wie trägt Ihre internationale Präsenz zu Ihrer Sicherheit und zur Sichtbarkeit Ihres Kampfes bei? Was sollte die internationale Gemeinschaft tun?

Dank PBI erhalten wir Zugang zu Räumen und Netzwerken, die uns sonst verschlossen bleiben. Das verschafft uns Sichtbarkeit und Handlungsmacht. PBI hilft, unsere Stimme im Herzen von Genf, im Menschenrechtsrat, hörbar zu machen. Das ist entscheidend, da nicaraguanische Geflüchtete in grosser Verletzlichkeit leben. Eine Organisation wie PBI an unserer Seite zu haben, die uns diese Räume öffnet, ist aussergewöhnlich.

Die internationale Gemeinschaft muss jedoch entschlossener handeln. Resolutionen und Erklärungen sind wichtig, reichen aber nicht. Wir brauchen konkrete Schritte: Aufnahme politischer Geflüchteter, beschleunigte Schutzmechanismen und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Situation staatenloser Menschen.

Welche Botschaft haben Sie für jene, die wie Sie Nicaragua verlassen mussten?

Ich möchte Ihnen sagen, dass es weiterhin Menschen gibt, die öffentlich sprechen können – und dass wir es auch für sie tun. Jede*r hat seine Ängste, und wir verstehen sie. Dank PBI und ihrer Begleitung kann ich heute sprechen. Ich kann das Erbe von Roberto weitertragen, dessen Stimme stark war. Heute habe auch ich eine Stimme – ich nutze sie, und werde es weiter tun. Wie ich stets sage: Auf mein Schweigen können sie nicht zählen.



LISA STALDER «FÜR MICH MACHT DIESES ENGAGEMENT GERADE JETZT SEHR VIEL SINN»

Interview von Matteo Oertel
PBI Schweiz



Lisa Stalder ist das neuste Mitglied des Nationalkomitees (NK) von PBI Schweiz. Seit 2015 ist sie in verschiedenen Funktionen mit PBI verbunden – zuerst als Praktikantin, danach während 1½ Jahren als Freiwillige in Kolumbien und später kurzzeitig als Mitarbeiterin bei PBI Schweiz. Heute forscht sie an der Universität Neuchâtel. Im Gespräch erzählt sie, wie ihre Erfahrungen ihr heutiges Engagement prägen und warum dieses für sie gerade jetzt besonders wichtig ist.

Was bedeutet dir dein Engagement in unserem NK und weshalb hast du dich dem Komitee angeschlossen?

Mein erster Kontakt mit PBI war 2015 während eines Praktikums bei PBI Schweiz. Danach war ich 1½ Jahre als Freiwillige in Kolumbien im Einsatz. Seitdem ist die Verbindung zu PBI nie abgebrochen. Vor rund einem Jahr fragte mich jemand aus dem NK, ob ich seinen Platz übernehmen wolle. Das war eine gute Gelegenheit, mich wieder stärker bei PBI einzubringen. Zudem motiviert mich die aktuelle weltpolitische Lage:



Menschenrechte und internationale Solidarität sind heute extrem wichtige Themen. Das Engagement bei PBI gibt mir die Möglichkeit, etwas gegen das Gefühl der Hilflosigkeit zu tun, wenn man sieht, wie internationale Menschenrechtsmechanismen infrage gestellt werden. Für mich macht dieses Engagement gerade jetzt viel Sinn.

Welche Erfahrungen aus deiner Zeit bei PBI in Kolumbien haben dich besonders geprägt? Und inwiefern helfen sie dir heute in deiner Arbeit im NK?

Die Erfahrung als Freiwillige bei PBI ist sehr bereichernd, weil man Menschenrechtsverteidiger*innen über längere Zeit begleitet, sie wirklich kennenlernt und sehr viel von ihnen lernt, vor allem bezüglich ihres Engagements.

Aus dieser Erfahrung bleibt mir besonders die Erinnerung daran, wofür wir hier in der Schweiz letztlich arbeiten. Vieles wirkt im Schweizer Kontext technischer – Fundraising, Kommunikation und andere administrative Aufgaben – weit entfernt von den begleiteten Personen. Doch ich erinnere mich stets daran, dass es am Ende genau um diese Menschen geht. Diese Arbeit ist wichtig, weil sie ihnen den Raum verschafft, ihre Menschenrechtsarbeit fortzuführen.

Worauf freust du dich am meisten in deiner neuen Rolle im NK? Und worin siehst du die grössten Chancen, gemeinsam etwas zu bewegen?

Ich freue mich, meine Verbindung zu PBI weiterzuführen, denn ich halte ihre Arbeit für extrem wichtig. Auch sollten wir die Bedeutung der Menschenrechtsarbeit in der Schweiz nicht unterschätzen. Auch hier können wir viel tun, um Menschenrechte sichtbar zu machen und zu stärken. Gerade jetzt, wo viel Energie ins Fundraising fließt und die wirtschaftliche Situation schwierig ist, darf man nicht vergessen, dass Sensibilisierung und Engagement in der Schweiz eine wichtige Basis bilden.

**MIT IHRER SPENDE SCHÜTZEN SIE
MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN.**

Danke !

**Jetzt mit TWINT
spenden!**

QR-Code mit der
TWINT App scannen
Betrag und Spende
bestätigen



Peace Brigades International
Brunnmattstrasse 21, 3007 Bern, 031 372 44 44
Rue de Varembe 1, 1202 Genève, 058 058 80 90
info@peacebrigades.ch



Ihre Spende
in guten Händen.